Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 10.01.2023

Dezernat: III / Fachdienst Feuerwehr
und Rettungsdienst
Bearbeiter/in: Jakobi, Stephan, Dr.
Telefon: (0385) 5000-100

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00690/2023

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss

Betreff

Beschaffung zweier Rettungstransportwagen (RTW) für den Rettungsdienst der
Landeshauptstadt Schwerin

Beschlussvorschlag

1. Der Hauptausschuss erteilt die Genehmigung zur Beschaffung zweier
Rettungstransportwagen für den Rettungsdienst der Landeshauptstadt Schwerin auf
der Grundlage eines offenen Verfahrens nach § 119 Abs. 3 GWB.
2. Der Oberbürgermeister wird durch den Hauptausschuss ermächtigt, den im Ergebnis
des Vergabeverfahrens (§ 127 GWB - wirtschaftlichstes Angebot) ermittelten
Auftragnehmer zur Lieferung zweier Rettungstransportwagen den Auftrag zur
Ausführung der Lieferleistung zu erteilen.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Die Landeshauptstadt Schwerin ist Träger und Leistungserbringer des öffentlichen
Rettungsdienstes im Stadtgebiet. Sie stellt die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit
medizinischer Notfallrettung und Krankentransporten sicher. Sie betreibt zudem ein
Notarztsystem.

Es ist beabsichtigt, im Rahmen eines offenen Verfahrens gemäß Gesetz gegen
Wettbewerbsbeschränkungen (EU-Vergabe) zwei Rettungstransportwagen nach DIN EN
1789 zu beschaffen. Die Ausführung schließt sich an den Modellwechsel aus 2020 an
(aktuell werden dann das vierte und fünfte Fahrzeug der neuen Variante beschafft) und es
kommt das Ausbaurkonzept mit vergrößertem Innenraum zum Einsatz. Zielstellung ist das
verbesserte Platzangebot im Patientenraum für die Unterbringung der ausgeweiteten
Medizintechnik, die allseitige Patientenbetreuung und die Verbesserung der praktischen
Ausbildung der Notfallsanitäter und Notfallsanitäterinnen. Für die Beschaffung ist eine
Auszahlung von 270.000 Euro (Fahrgestell, Aufbau, teilweise Medizintechnik) im

Haushaltsjahr 2023 und in gleicher Höhe in 2024 geplant und anschließend risikobereinigt veranschlagt.

Entsprechend § 5 Abs. 4 Nr. 1 a) der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Schwerin hat der Hauptausschuss die Zustimmung zum Vergabeverfahren für Leistungen über 50.000 EUR zu erteilen.

Die Zustimmung der Krankenkassen als Kostenträger wurde mit dem Vertrag zu den Benutzungsentgelten erteilt, über die die Finanzierung von Abschreibungen und kalkulatorischer Verzinsung des Restbuchwertes erfolgt.

Die Investition ist auch vor dem Hintergrund der Einschränkungen nach § 49 Kommunalverfassung MV (vorläufige Haushaltsführung) zulässig und angezeigt, da hiermit die Fortführung einer pflichtigen Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises umgesetzt wird. Die Fertigung der Fahrzeuge nimmt nach aktueller Erkenntnis viele Monate in Anspruch, sodass auf eine Veröffentlichung der Haushaltssatzung nicht gewartet werden kann, da die Aufgabendurchführung bei zu später Lieferung der Ersatzfahrzeuge gefährdet ist.

Durch die Vergabebedingungen wird gewährleistet, dass die Lieferung der Fahrzeuge jeweils innerhalb des Haushaltsjahres der Veranschlagung erfolgt.

2. Notwendigkeit

Die Notwendigkeit ergibt sich aus der Aufgabenerfüllung und der Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Schwerin.

Aufgrund ihrer extremen Belastungen im Fahrbetrieb und den hohen rettungsdienstlichen Beanspruchungen an die eingebaute Ausrüstung sind die Fahrzeuge innerhalb weniger Jahre verschlissen. Es ist daher vorgesehen, zwei im Bestand befindliche Rettungswagen durch ein Neufahrzeug zu ersetzen.

Nach der bisherigen Nutzung über den Abschreibungszeitraum von fünf Jahren hinaus und einer Laufleistung von mehr als 250.000 Kilometern treten bereits erhebliche Verschleißerscheinungen auf, sodass ein dauerhafter weiterer Einsatz nicht zielführend ist. Es kommt dann vermehrt zu Ausfallzeiten der Altfahrzeuge, verbunden mit erhöhten Reparaturkosten und unvorhersehbaren Einschränkungen im Rettungsdienst. Die Beschaffung des RTW ist deshalb nicht aufschiebbar.

Die Einleitung der Beschaffung ist wegen der langen Vergabe und Ausführungsfristen von zusammen bis zu 14 Monaten dringend geboten. Die Beschaffung dient der Weiterführung einer bestehenden gesetzlichen Pflichtaufgabe (Gefahrenabwehr und Gesundheitsschutz) - und ist durch Dritte refinanziert.

3. Alternativen

Weiterer Einsatz der Altfahrzeuge, verbunden mit vermehrten Ausfallzeiten, ansteigenden Reparaturkosten und zunehmenden Einschränkungen in der rettungsdienstlichen Versorgung können nicht hingenommen werden, da hierbei nicht zu kalkulierende Risiken hinsichtlich des Fahrzeugausfalls in Kauf genommen werden müssten.

4. Auswirkungen

Lebensverhältnisse von Familien:

Wirtschafts- / Arbeitsmarkt:

Klima / Umwelt:

Gesundheit:

Die Beschaffung trägt dazu bei, einen leistungsfähigen Rettungsdienst zu sichern.

5. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe:

ja

nein, der Beschlussgegenstand ist allerdings aus folgenden Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse:

Zur Erfüllung der freiwilligen Aufgabe wird folgende Deckung herangezogen:

b) Sind über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen erforderlich?

ja, die Deckung erfolgt aus:

nein.

c) Bei investiven Maßnahmen:

Ist die Maßnahme im Haushalt veranschlagt?

ja, Fahrzeuersatzbeschaffung im Rettungsdienst Nr. 24 im Investitionsprogramm (Investitionsnummer 1270115001)

nein, der Nachweis der Veranschlagungsreife und eine Wirtschaftlichkeitsdarstellung liegen der Beschlussvorlage als Anlage bei.

In der Maßnahme wurden in 2023 und 2024 jeweils 270.000 EUR geplant und anschließend risikobereinigt veranschlagt.

d) Drittmitteldarstellung:

Die Auszahlungen werden durch Einzahlungen der Benutzungsentgelte in Höhe der aktuellen Abschreibungsbeträge einschließlich der notwendigen Kreditkosten und einer Rendite auf das Anlagevermögen in voller Höhe jährlich durch die Sozialleistungsträger refinanziert.

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Konsolidierung des aktuellen Haushaltes: keine

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Konsolidierung künftiger Haushalte: kein

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: keine

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: keine

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

--

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister